

ZUR PERSON



► Der krebserkrankte Vorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine, wird nach Medienberichten voraussichtlich sein Amt weiter ausüben. „Die Zeichen sprechen für eine Rückkehr“, sagte ein Mitglied der Parteiführung der „Frankfurter Rundschau“. Auch das Magazin „Der Spiegel“ berichtete, in der engsten Parteiführung werde damit gerechnet, dass Lafontaine weiterhin Bundesvorsitzender bleibe. Er werde zu einer Zusammenkunft der Bundestagsfraktion am 11. Januar erwartet, wo er sich zu seiner politischen Zukunft äußern wolle. Ein Fraktionssprecher sagte dazu gestern: „Wir können das nicht bestätigen, der Termin steht noch nicht fest.“ (dpa)

KURZ NOTIERT

Westdeutscher Zoll kontrollierte DDR-Post

Berlin. Westdeutsche Behörden haben bis Anfang der neunziger Jahre Post aus der DDR systematisch kontrolliert. Das geht einem Bericht des „Tagesspiegels“ zufolge aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linkspolitikerin Petra Pau hervor. Grundlage der Kontrolle sei die sogenannte Interzonenüberwachungsverordnung vom 9. Juli 1951 gewesen. Die Post der DDR musste demnach alle Poststücke dem westdeutschen Zoll „vorführen“, wenn sie „dem Anschein nach Waren enthielten“, schreibt die in Berlin erscheinende Zeitung unter Bezug auf die Regierungsantwort. (afp)

„Hartz-IV-Reformen sind gescheitert“

Berlin. Fünf Jahre nach der Einführung von Hartz IV sieht der Paritätische Wohlfahrtsverband die Reform als gescheitert an. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei es nicht gelungen, die Zahl der Betroffenen spürbar zu reduzieren, sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbands, Ulrich Schneider. Nach einer Analyse des Verbandes gab es im April 2009 rund 4,93 Millionen erwerbsfähige Hilfebedürftige. Im September 2005 waren es etwa 5,15 Millionen. Der Verband fordert umfassende Nachbesserungen. (dpa)

KONTAKT

AN-Politik-Redaktion:
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)
Tel.: 0241/5101-397
Fax: 0241/5101-440
an-politik@zeitungsverlag-aachen.de

IMPRESSUM

Aachener Nachrichten

Überparteilich · Unabhängig
Stolberger Nachrichten, Eschweiler Nachrichten, Dürener Nachrichten, Heinsberger Nachrichten, Jülicher Nachrichten, Eifeler Nachrichten
Herausgeber: Aachener Nachrichten Verlagsgesellschaft GmbH & Co. KG, gegründet 1872.
Chefredakteur: Bernd Mathieu.
Stellv. Chefredakteure:
Erich Behrendt, Bernd Büttgens.
Büro Chef vom Dienst: Wolfgang von Wilpert, Thomas Thelen.

Verantwortliche Redakteure: Peter Pappert (Politik), Hermann-Josef Delonge (Wirtschaft/Kultur), Claudia Schweda (Region/Lokales), Maria Enders (Reportage), Christoph Pauli (Sport), Andreas Herkens (Magazin), Ulrich Kutsch (Online).
Verlag: Zeitungsverlag Aachen GmbH
Geschäftsführung:
Andreas Müller, Dr. Martin Thull
Postanschrift:
Postfach 500 110, 52085 Aachen
Dresdener Straße 3, 52068 Aachen.
Anzeigen: Christian Kretschmer
Druck: M. Brimberg, Druck u. Verlag GmbH, Dresdener Straße 1, 52068 Aachen.
Bei Nichtlieferung der Zeitung ohne Verschulden des Verlages, im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Entschädigung. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. Januar 2009.
Der Bezug der Zeitung kann nur schriftlich bis zum 10. eines Monats zum Ende des nachfolgenden Monats gekündigt werden. Im Abonnements- und Einzelverkaufspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.

Für die Herstellung der Aachener Nachrichten und ihrer Bezugsausgaben wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

60 Jahre und noch immer aktuell

Der Karlspreis feiert Geburtstag und Horst Köhler gratuliert. Der Bundespräsident würdigt das Engagement der Aachener Bürger, kritisiert Bildungspolitik und mahnt das Karlspreisdirektorium.

VON MARCO ROSE

Aachen. Oft kommt an diesem Sonntag die Rede auf den Textilkauflmann Kurt Pfeiffer, der am 19. Dezember 1949 mit anderen Aachener Bürgern einen Preis für Verdienste um die Einigung der Völker Europas vorstellte – den Karlspreis. Von einem „geradezu verwegenen Unterfangen“ spricht Walter Eversheim, der scheidende Sprecher des Karlspreisdirektoriums, beim Festakt im Rathaus. Immerhin hatte die Runde um Pfeiffer „in bescheidener Zurückhaltung“ die Hoffnung formuliert, dass Aachen als ehemaliges geistiges und politisches Zentrum Europas in der Welt besonders gehört werde.

Dies habe man durchaus alsmaßend missverstehen können, sagt Bundespräsident Köhler in seiner Ansprache. „Es ging den couragierten Bürgern aber darum zu zeigen, dass sie nicht auf die

„Belohnen Sie das
Zukunftsweisende!“

**BUNDESPRÄSIDENT
KÖHLER WÜNSCHT EINE
GLÜCKLICHE HAND BEI
DER WAHL KÜNFTIGER
PREISTRÄGER**

große Politik warten wollten, dass sie aus der Geschichte gelernt hatten.“ Einen Neuanfang sollte der Karlspreis signalisieren, nicht weniger: „Ihre Vision war Humanität.“

Doch wie das so ist mit großen Ideen und hehren Zielen, im politischen Alltag sind sie bisweilen bedroht von ganz handfesten wirtschaftlichen und persönlichen Interessen, von Egoismus und Eitelkeit. Horst Köhler nutzt seine Aachener Rede deshalb zu einer spitzfindigen Abrechnung mit dem Europa der Skeptiker, der Technokraten und Bremser.

Auf Prioritäten besinnen

Zwar stärke der Vertrag von Lissabon endlich die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der Union. Doch seien bessere Instrumente nötig, um europäische Interessen wirksam nach außen zu vertreten. Angesichts der scharfen internationalen Konkurrenz dürfe man nun nicht stehenbleiben. Auch zeige die Wirtschaftskrise, dass die Mitglieder der EU ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik untereinander wirksamer koordinieren sollten.

„Europa muss aufwachen und sich auf seine Prioritäten besin-



Gratulierte zum Geburtstag: Bundespräsident Horst Köhler.

Foto: Andreas Herrmann

nen. Sonst könnten uns die besten jungen Europäer davonlaufen“, warnt der Bundespräsident zudem vor dem Hintergrund des holprigen „Bologna-Prozesses“. Dieser sollte durch einheitliche Bildungsstandards (Bachelor und Master) die Weichen für die Zukunft stellen. Inzwischen treibt er stattedes Studierenden zu Tausenden auf die Straße. Köhler legt den Finger in die Wunde: „Zentrale Zielmarken werden offensichtlich nicht erreicht, und einen wirklichen Aufbruch in der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik

in Europa kann ich auch nicht erkennen.“ Für die Jugend Europas und ihre Zukunftschancen sei diese Entwicklung „bedauerlich“.

Das Staatsoberhaupt ist bei seinem Lieblingsthema angelangt und lobt ausdrücklich den noch jungen Karlspreis für die Jugend. Was Köhler allerdings vornehm verschweigt: Der „große Karlspreis“ ist traditionell noch immer weitgehend „jugendfrei“, wie ein Blick in die illustre Runde der geladenen Gäste beweist. Schüler und Studenten, die die Stadt ansonsten so prägen, sind im Krönungssaal deutlich unterrepräsentiert – vorsichtig formuliert.

Bei aller Wertschätzung des Aachener Preises findet Köhler denn auch – fein formuliert – Kritik, die er in einen „Appell an die Aachener Bürger“ kleidet: „Bewahren Sie den Karlspreis davor, zum Ornament für das Etablierte zu werden. (...) Belohnen Sie das Zukunftsweisende! Und vor allem: Suchen Sie Preisträger, die sich den Fragen der Jugend stellen, denn es sind die jungen Leute, die das europäische Projekt in die Zukunft tragen.“ Köhlers Worte sind durchaus Wasser auf die Mühlen derjenigen, die sich mehr frischen Wind und jungen Geist im altehr-

würdigen Karlspreis und seinen Gremien wünschen. Denn trotz seiner 60 Jahre bleibt der Aachener Preis weiterhin aktuell, wie Direktoriumssprecher Eversheim unterstreicht: „Wir sind uns bewusst, dass noch bedeutende Aufgaben vor uns liegen.“ Und der (junge) Aachener Oberbürgermeister Marcel Philipp sekundiert, erst wenn Europas Einigung vollendet sei, „ist auch Pfeiffers Vision erfüllt“. Bis dahin werde es auch den Karlspreis als „Motivator der europäischen Idee“ geben.

Europa ist kein Selbstzweck

Eine Idee, die kein Selbstzweck ist, sagt Eversheim. Denn in erster Linie bedeute die europäische Einigung Frieden. Vor allem aber sei Europa nicht nur für Europa da. Der alte Kontinent habe eine gewichtige Verantwortung, die weit über die Grenzen der Union hinausgehe. Eversheim zitiert noch einmal den Gründervater Pfeiffer mit dem Aufruf, die höchsten irdischen Güter – Freiheit, Menschlichkeit und Frieden – zu verteidigen.

Der Karlspreis, so ist zu befürchten, wird in Zukunft so schnell nicht überflüssig werden.

Walter Scheel erhält Landesverdienstorden

Der frühere Bundespräsident Walter Scheel erhält den Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen. „Scheel ist ein Vorbild für uns in Nordrhein-Westfalen“, sagte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) gestern vor dem Karlspreis-Festakt in Aachen. Rüttgers würdigte besonders Scheels politische Wirken: „Das liberale Prinzip Walter Scheels lautete immer: So wenig

Staat wie nötig, soviel Selbstverantwortung wie möglich.“

Der heute 90-jährige Scheel („Ich bin der jüngeren Generation inwischen entwachsen“) war von 1950 bis 1954 FDP-Abgeordneter im NRW-Landtag. Später war er Minister unter den Kanzlern Konrad Adenauer und Ludwig Erhard sowie Außenminister unter Willy Brandt (SPD). (an)



Islamischer Geistlicher und gelehrter Querdenker

Ayatollah Montaseri gestorben. Er war bis zuletzt einer der großen Gegenspieler von Irans Präsident Ahmadinedschad.

VON FARSHID MOTAHARI

Teheran. Der iranische Reformpolitiker und Großayatollah Hossein Ali Montaseri ist tot. Der schiitische Geistliche starb im Alter von 87 Jahren in der heiligen Stadt Ghom an einer Krankheit, wie die Nachrichtenagentur Isna gestern meldete. Montaseri war eine der wichtigsten religiösen Autoritäten der iranischen Schiiten, gleichzeitig aber auch einer der kritischsten Geister in der Islamischen Republik. Vor 20 Jahren war er politisch in Ungnade gefallen, doch bis zuletzt erhob er seine Stimme und ging den umstrittenen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad

hart an.

Montaseri wurde 1922 in Nachschaf geboren. Als Kritiker des Schahs saß er bis zur Islamischen Revolution von 1979 mehrere Jahre im Gefängnis. Als Mitstreiter von Revolutionsführer Ajatollah Khomeini bestimmte dieser ihn zunächst zum Nachfolger. Aber Montaseri äußerte sich zunehmend kritisch über das islamische System und auch zu Khomeini. Der Revolutionsführer entband ihn im März 1989 von all seinen politischen Verpflichtungen. Nach Khomeinis Tod im Juni des selben Jahres wurde anstelle Montaseris der damalige Präsident Ajatollah Ali Chamenei neuer religiö-



Ein kritischer Geist, der sich mit den Machthabern im Iran anlegte: Großayatollah Montaseri. Foto: dpa

se Führer des Landes.

Als Mohammed Chatami 1997 Präsident wurde und sich eine liberalere Atmosphäre in Iran breit machte, meldete sich auch Montaseri politisch zurück. Im Einklang mit den politischen Reformern rief er Chamenei dazu auf, sich mehr religiös als politischen Angelegenheiten zu widmen. Und er prangerte Machtkämpfe in der Führung an. Das Establishment ließ ihn schließlich unter Hausarrest stellen.

Stimme erhoben

Während der ersten Präsidentschaft von Mahmud Ahmadined-

IG Metall fordert Investitionen in Milliardenhöhe

Bremen. Die IG Metall fordert von der Bundesregierung ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro. Damit könnten technologische Innovationen gefördert und den Unternehmen geholfen werden, besser aus der Krise zu kommen, sagte IG-Metall-Chef Berthold Huber. Es gehe um eine Grundsatzentscheidung: „Wollen wir gute Unternehmen stützen, oder geben wir sie auf, weil sie im Moment Liquiditätsgenässe haben, keine oder nur viel zu teure Kredite bekommen?“ Um nach der Krise wieder Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, müssten industriellen Kerne wie die Metall- und Elektrobranche erhalten werden. Ein Investitionsprogramm sei dafür nötig. „Die Finanzierung darf auch kein Problem sein“, sagte Huber. Die Rettung der Banken habe deutlich mehr Geld gekostet. Die bisher von der Regierung beschlossenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung reichten nicht aus, so Huber. In den Tarifgesprächen mit den Metall-Arbeitgebern ab Frühjahr 2010 will Huber bei den Lohnforderungen Zurückhaltung üben. Jedoch unter einer Voraussetzung: Es müssten verlässliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung geschlossen werden. (dpa)

Mehrwertsteuer: Länder wollen höheren Anteil

Berlin. Nach der knappen Zustimmung zum Milliarden-Paket 2010 drohen der schwarz-gelben Bundesregierung neue Konflikte in der Steuerpolitik. Als erste Länder verlangten Bayern, Sachsen und Rheinland-Pfalz vom Bund höhere Mehrwertsteuer-Anteile, während die FDP trotz desolater Staatsfinanzen auf noch höhere Steuerentlastungen für 2011 dringt. Laut „Handelsblatt“ beharren die Ministerpräsidenten von Bayern und Sachsen, Horst Seehofer (CSU) und Stanislaw Tillich (CDU), darauf, dass der Bund den Ländern die versprochenen Mehrausgaben für Bildung und Forschung in Form eines höheren Mehrwertsteuer-Anteils überlässt. „Wir Länder wollen nicht zum jährlichen Bittsteller der Bundesregierung werden“, sagte Seehofer. (dpa)

Keine Spur von gestohlenem KZ-Schriftzug

Oswiecim. Die polnischen Ermittlungsbehörden fahnden weiter nach dem vor einigen Tagen gestohlenen Nazi-Schriftzug „Arbeit macht frei“ am Eingangstor des früheren deutschen Konzentrationslagers Auschwitz. Wer das symbolträchtige Metallschild abmontiert haben könnte und wie es abtransportiert wurde, ist noch völlig unklar. Um die historisch wertvolle Toraufschrift zurückzubekommen, haben die polnischen Behörden die Belohnung drastisch erhöht. Für Hinweise, die zur Festnahme der Täter führen, sei nun eine Belohnung von 115 000 Zloty (rund 28 000 Euro) ausgesetzt. Zuvor lag die Belohnung bei 5000 Zloty (rund 1200 Euro). Von den Tätern fehlt weiter jede Spur. (dpa)